

# Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch  
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ  
Nr. 15 August 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig 5 — 90

## Die KPD am Wendepunkt

### Die Sprache der Wahlziffern und die Wirklichkeit des Klassenkampfes — Die antifaschistische Massenbewegung im Vormarsch — Ein verhängnisvoller Beschluß des ZK der KPD.

Am 31. Juli haben im Reiche der Militärdiktatur die Reichstagswahlen stattgefunden. Sie haben, wie zu erwarten war, der Militärdiktatur keine parlamentarische Mehrheit gebracht. Das parlamentarische Kräfteverhältnis zwischen den drei Lagern — Konterrevolution, Bourgeoisie-Demokratie, Proletariat — hat sich bei den Reichstagswahlen folgendermaßen verändert:

#### Das Lager der Konterrevolution.

Die NSDAP hat in einer Reihe von Gebieten (Potsdam I, Frankfurt a. d. Oder, Pommern, Breslau, Liegnitz, Magdeburg, Schleswig-Holstein, Würtemberg) seit den Aprilwahlen noch große Fortschritte gemacht, in einzelnen Gebieten ist ihr Aufschwung zum Stillstand gekommen (Berlin, Chemnitz-Zwickau) und im industriellen Westen Deutschlands zeigen sich Anfangstendenzen einer rückläufigen Bewegung (Düsseldorf-West, Köhn-Aachen, Westfalen-Süd). Mit 13,7 Millionen Stimmen ist die NSDAP um 300.000 Stimmen stärker als bei den zweiten Reichsprasidentenwahlen, doch sind ihr, wie wir an anderer Stelle noch näher ausführen werden, weitere Einbrüche in die proletarische Front im allgemeinen nicht mehr gelungen.

Die Deutschnationalen haben 2.175.000 gegen 2.500.000 Stimmen erhalten, die Deutsche Volkspartei 435.000 gegen 2.000.000 Stimmen, die Wirtschaftspartei 146.000 gegen 1.352.000, das Landvolk 91.000 gegen 1.093.000. Der Stimmengewinn der Nazis gegenüber 1930 beträgt 7 Millionen; von diesen 7 Millionen stammt der Großteil von den zertrümmerten burglichen Rechtsparteien. Das Lager der Konterrevolution zählte am 14. September 1930 ungefähr 14,5 Millionen Stimmen. Es umfaßte am 31. Juli ungefähr 17 Millionen. Diese Zunahme um 2,5 Millionen stammt zu einem Teil aus der größeren Wahlbeteiligung (plus 2 Millionen). Zu einem Teil aber auch von den demokratischen Mittelparteien, insbesondere der Staatspartei.

#### Die Front der burglichen Demokratie.

Die SPD hat am 31. Juli nicht ganz 8 Millionen Stimmen erhalten, um 600.000 weniger als am 14. September 1930. Gegenüber den Landtagswahlen im April ist eine Stärkung der SPD im allgemeinen unverkennbar; vor allem in den westlichen Industriegebieten. In Ostpreußen, Pommern, Frankfurt a. Oder hat sie stärkere Einbußen erlitten, zum Teil zugunsten der KPD, zum Teil unter dem faschistischen Terror, zugunsten der Nazis.

Das Zentrum ist mit ungefähr 4,5 Millionen unverändert geblieben, die Staatspartei ist vernichtet, sie hat vier Funtel ihrer Wähler an die Nazis verloren. Die Bayrische Volkspartei ist von 1 Million auf 1.179.000 Stimmen angestiegen; sie hat aber dennoch den weiteren Vormarsch der Faschisten in Bayern nicht verhindert. Insgesamt ist die burglich-demokratische Front von mehr als 15 Millionen Stimmen auf 14 Millionen zurückgegangen. In diese verlorene Million Stimmen teilen sich die NSDAP und die KPD.

#### Der Ueberraschungserfolg der KPD.

Die Ergebnisse des 31. Juli haben alle Erwartungen der Partei und der Opposition übertroffen. Die Partei erlangte 5.263.000 Stimmen, um 700.000 mehr als am 14. September; der Aufschwung tritt besonders grell gegenüber den Preuenwahlen zutage. Gemessen an den Ergebnissen der Preuenwahl, hat die Partei ihren Einflukreis um 1 Million vergrößert. Dieser neue Vormarsch ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen:

Erstens haben die Wendungsversuche der Partei im Mai und Juni die Hoffnung in den Massen verstärkt, daß nun endlich die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus zustande kommen wird.

Im industriellen Herzen Deutschlands, im Ruhrgebiet, wurden die ersten Ansätze praktischer Einheitsfront gegen den Faschismus sichtbar; die Wahlerfolge der KPD und SPD, die kleinen Verluste der Nazis sind der Ausdruck der Rückwirkungen dieser Politik auf die Arbeiterklasse.

Zweitens hat die neue Notverordnung den Papen-Regierung neben proletarischen auch kleinsturgliche Kreise (Rentenbezieher) radikalisiert und der KPD zugeführt.

Drittens hat die feige Kapitulation der SPD- und ADGB-Bürokratie am 20. Juli, wo sie statt eines Generalstreiks eine Generalhetze gegen die Kommunisten organisierte, die Arbeiter tief erbittert und viele zehntausende zwischen KPD und SPD schwankende der KPD zugeführt.

#### Das praktische Wahlergebnis — Verschärfung des konterrevolutionären Antunnes.

Auf das „Volksurteil gegen Papen“ wird die Militärdiktatur antworten: „Die Mehrheit ist gegen uns? Um so schlechter für die Mehrheit.“ Welche Wege die Militärdiktatur einschlagen wird, ist noch nicht ganz klar, aber die preußische Lehre zeigt auch den Blinden sonnenklar, daß die Militärdiktatur über die Zwirnsfaden von Verfassungsparagraphen nicht stürzen wird. Sie wird wahrscheinlich zunächst versuchen, sich dadurch zu „legalisieren“ daß sie eine

### Märtyrer des Weltproletariats!

Am 29. Juli, nachmittags halb 5 Uhr, haben die blutbefleckten Henker der ungarischen Konterrevolution die Kommunisten Szall und Fürst durch den Strang hingerichtet. Unter Hochrufen auf die Kommune und den Kommunismus starben die Genossen Szall und Fürst als Märtyrer für die große Sache der proletarischen Revolution.

(Unsere Gruppe sowie die Redaktion des „Mahnruf“ haben ebenfalls ihre Kampfsolidaritat durch ein Protesttelegramm an den Ministerpräsidenten Karoly bekundet.)

Koalition Nazi-Zentrum betreibt. Das Zentrum wird aber nicht leicht zu einer solchen Koalition zu haben sein; die Gegensätze in Süddeutschland zwischen Zentrum und Nazis sind sehr zugespitzt, die Arbeitermassen des Zentrums im Westen und Schlesien zeigen Tendenzen zur KPD, die Wirtschaftspolitik der Junker, die Außenpolitik des neuen Regimes, all das sind Belastungen für das Zentrum, die nur sehr schwer durch Kompromisse gelöst werden können, ohne daß sie das Zentrum von innen her sprengen.

Scheitert der Versuch einer „Legalisierung“ der Militärdiktatur durch eine parlamentarische Koalition Nazi-Zentrum — dann muß die Militärdiktatur den bisherigen Staatsstreichen neue hinzuzufügen. Papens Rundfunkreden waren ein einziges Spiel mit dem Verbot der KPD, obgleich er diese Absicht leugnete. Ein Staatsstreich auf Kosten der Kommunisten, ein Blutbad für die lebenden braunen Bestien nach dem Stil des 1. August in Königsberg — das wäre für die Militärdiktatur die beste Möglichkeit, sich zu „legalisieren“. So wird ihre eigene unsichere Lage, abgesehen von allen anderen Gründen, die Konterrevolution veranlassen, die KPD in die Illegalität zu treiben, ihre Mandate zu kassieren — wenn sich nicht die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands um die KPD scharf, um sie zu verteidigen, in dem Bewußtsein, daß der Angriff auf die KPD nur der Anfang vom Ende der gesamten Arbeiterbewegung ist, wenn es nicht gelingt, diesen Angriff zurückzuschlagen. Es ist

kein Zufall, daß der Faschismus unmittelbar nach den Wahlen zu den niedertrachtigsten Terrorakten übergeht. Gerade der Wahlausfall zeigt ihm, daß es ihm kaum jemals gelingen wird, durch Betrug und Terror eine Mehrheit der Wähler aufzubringen, daß er nur durch Gewalt zur Macht kommen kann, entweder mit Hilfe der Reichswehr oder nur mit Hilfe der SA, auf dem Wege des Staatsstreiches oder auf dem des Aufstandes.

Die Tendenz zur Stagnation wird den terroristischen Charakter des Faschismus noch greller hervortreten lassen als bisher.

#### Die Partei am Wendepunkt.

Die Partei ist gewachsen. Gewachsen ist damit ihre Verpflichtung dem Proletariat gegenüber. Eine Partei, die sich auf die Sympathie von 5 Millionen Arbeitern stützt, kann sich nicht damit begnügen, über den Verrat der SPD zu jammern. Sie muß zeigen, inwieweit sie selbst fähig ist, Massen in Bewegung zu setzen. Am 20. Juli hat die Partei das Gegenteil bewiesen. Auch die Wahlerfolge des 31. Juli können nicht eine Sekunde lang davon ablenken, daß die Aktionsfähigkeit der Partei immer weiter sinkt. Im Gegenteil: der Widerspruch zwischen der parlamentarischen Aufblähung und der Verkümmerung des Aktionscharakters der Partei tritt jetzt mit besonderer Schärfe zutage.

Das ZK versucht jetzt wieder einmal zu „wenden“. Am 26. Juli hat es einen Aufruf an die Partei erlassen, in dem

offen der Rückzug auf die Theorie vom Sozialfaschismus, auf die Politik des roten Volksentscheides und der Ablehnung jeder Einheitsfront angetrieben wird.

Statt das Proletariat auf die unmittelbar drohenden neuen Gewaltakte der Militärdiktatur, auf den letzten Entscheidungskampf mit dem Faschismus vorzubereiten, schreibt das ZK:

„Wir müssen vor allem den sozialdem. Arbeitern klar machen, daß das, was wir heute haben, die faschistische Diktatur ist...“

Auf wen stützt sich die, nach dem ZK bereits bestehende faschistische Diktatur? Es ist, heißt es an anderer Stelle, die SPD, die

„ihre Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie in einer erzwungenen Scheinopposition erfüllt.“

Alles, was die SPD tut, es sind, schreibt das ZK, „aktive Handlungen der sozialfaschistischen Führer im Interesse der faschistischen Diktatur“.

Und nachdem somit „erwiesen“ ist, daß der Faschismus bereits — gestützt von der SPD — herrscht, schleudert das ZK den Bannstrahl gegen die Einheitsfront mit den „Sozialfaschisten“:

„Das gleiche gilt von der Illusion, als ob die SPD oder der ADGB auch Organisationen des antifaschistischen Kampfes seien. Wer darauf bauen wollte, daß es durch „Angebote“ an die SPD oder andere reformistische Organisationen zum Kampfe käme, würde das Proletariat wehrlos machen.“

5 Millionen Arbeiter, Arbeiter, die zwar noch keine Kommunisten sind, die aber bereit sind zu kämpfen, haben am 31. Juli für die KPD demonstriert. Wird die Partei aber den Weg gehen, den die Resolution des 26. Juli des ZK zeigt, dann werden diese Millionen zur politischen Impotenz verurteilt werden; die geringe Aktionskraft der Partei wird noch geringer werden, die Enttäuschung der 5 Millionen wird unvermeidlich einsetzen. Die Partei steht am Wendepunkt! Wird sie sich an ihrem Wahlsieg berauschen und praktisch den Weg des 26. Juli gehen, dann werden die kommenden Ereignisse sie überraschen und überwältigen — so wie am 20. Juli, dem Tag des Staatsstreiches in Preußen.



# Die preußische Lehre

Von Kurt Landau

Mehr als zehn Jahre war Preußen das Prunkstück des deutschen Reformismus. Hier war der „Beweis“ erbracht, daß es möglich ist, Stück um Stück die politische Demokratie mit sozialistischem Inhalt zu erfüllen. Hier zeigte es sich, daß Karl Marx vergibt und verstaubt ist; hatte der alte „Romantiker“ im Staate noch das Exekutivorgan der herrschenden Klassen gesehen, so zeigten Severing und Braun, daß es im kapitalistischen Deutschland möglich ist, die bewaffnete Macht im Staate, die Polizei, in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen. So berichtet uns die Legende bis zum 20. Juli 1932...

Bis eines Tages ein Leutnant mit 3 Mann erschien und die Paladine der Demokratie aufforderte, sich zu töllen. Und als die wackeren Demokraten im stolzen Bewußtsein, daß hinter ihnen die prunkvollen Buchstaben der Verfassung von Weimar stehen, erklärten, sie weichen nur der Gewalt, da lachten die Herren von der Reichswehr und erklärten Grzesinski und seine Adjutanten für verhaftet. Ein Leutnant, 3 Mann, eine Woche Ausnahmestand — und die demokratische Herrlichkeit in Preußen war zu Ende, der „republikanisch versuchte“ Staatsapparat wurde gereinigt und heute ist Preußen wieder ein festes und sicheres Bollwerk der dunkelsten Reaktion.

Die Militärdiktatur begründete die Reichsexekution gegen Preußen mit den Ereignissen von Altona. Das heißt, sie warf die bürgerliche Demokratie nicht nur aus der Macht, sondern sie überließ die Gestürzten noch mit ständem Spott des übermütigen Siegers. Was war in Altona? Der SPD-Polizeipräsident Eggerstedt hatte den Aufmarsch des Faschismus im proletarischen Elendsgebiet gestattet. In der Person Eggerstedts ging die Sozialdemokratie auf die Straße — nicht um zu kämpfen, sondern um sie mit zweideutigem Zwickeln der SA auszuliefern. Und als die Arbeiterklasse sich zur Wehr setzte gegen die schamlose Provokation des Faschismus, da zerlegten die Polizeikugeln die Leiber von mehr als einem Dutzend Arbeiter. So demonstrierte der Polizeisozialismus der Schule Severing, Zörgiebel, Eggerstedt seine bedingungslose Bereitschaft zur Niederhaltung des Proletariats.

Acht Tage später jagte die Militärdiktatur denselben Severing, denselben Eggerstedt von Altona davon, weil sie „zu abhängig von den Kommunisten wären“!

Alle Kapitulationen der SPD, die ganze schmachtvolle Selbstentmannung der Bourgeois-Demokratie, die kriecherische Anbiederung an die Konterrevolution, alles nützte ihr nichts; die Konterrevolution nahm ihre Dienste an und gab ihr den Fußtritt nach getaner Arbeit. Und als die Würdenträger der SPD gestürzt, als sie der Gewalt gewichen waren, da traten die großen und weisen Führer der SPD zusammen und beschlossen, den Aufruf zum Generalstreik mit Entschiedenheit abzulehnen.

Aus 20. Juli ist eine ganze Welt krachend zusammengefallen — die politische Vorstellungswelt des Reformismus. So wie die Wirtschaftskrise seine Wirtschaftsideen vom „krisenlosen, organisierten Kapitalismus“ zerlegte, so hat der 20. Juli sein politisches Kartenhaus zertrümmert. Die Konterrevolution hatte parlamentarisch keine Mehrheit hinter sich; aber das band ihr nicht die Hände, sondern lockerte nur ihre Säbel in den Scheiden. Die Konterrevolution konnte nicht auf dem Boden der Verfassung stehen; sie hängt also in der Luft, frohlockte die SPD. Die Konterrevolution schickte die Reichswehr aus und zeigte, wer in der Luft hängt: die Verfassung mit den Paragraphen oder die Konterrevolution mit den Gewehren.

Man müßte glauben: am Abend des 20. Juli fielen den Millionen reformistischen Arbeitern die Schuppen von den Augen, müßten sie zu ihren kommunistischen Genossen gesagt haben: „Ihr hattet 1918 recht, der Weg der Demokratie war ein Irrweg.“

Dies aber geschah nicht; kein Arbeiter, kein kommunistischer und kein sozialdemokratischer, folgte dem Aufruf der KPD zum Generalstreik. Aber an tausenden Stellen Preußens sagten die SPD-Arbeiter zu den Kommunisten: „Jetzt könnt Ihr zufrieden sein; was Ihr am 9. August beim Volksentscheid gegen Braun-Severing nicht erreicht habt — jetzt ist es endlich gelungen.“

Und an hunderten Stellen frohlockten Kommunisten über den Sturz von Severing-Braun.

Zeigte der Vormittag des 20. Juli, der schmähliche Sturz der Preußenregierung die Verfaultheit der Bourgeois-Demokratie und die Feigheit ihrer letzten Ritter, so beleuchtete die zweite Hälfte dieses geschichtlichen Tages die tragische Lage der deutschen Arbeiterbewegung. Statt Einheit offenbarte die geschichtliche Stunde Verbitterung und Zwiebracht, statt Aktionen gegen den Klassenfeind — Diskussionen über das, was kommen wird.

Neben dem Trümmerhaufen des Reformismus lag die KPD im Staube; an dem Tage, wo die Geschichte den Triumph der kommunistischen Lehre vom Staate bewies, war die revolutionäre Partei durch ihre politischen Fehler zur völligen Ohnmacht verurteilt.

„Das Versagen in solchem Ausmaße war selbst für den oppositionellen Kommunisten, der das Verhältnis schon seit Jahren kommen sah, überraschend und völlig deprimierend“ schreibt das Blatt Trotzki's („Perm. Revolution“ Nr. 16). Wirklich, überraschend? Die deutschen Linken sind durch die Ereignisse nicht überrascht worden. Sie haben nicht, gleich den Permanentlern, die „Wendung vom 16. Juni“, die Manöver-Briefe an die SPD, mit frenetischem Beifall begrüßt. Sie haben niemals die Illusion des Gen. Trotzki geteilt: „Die Schwankung der Stalinisten ist unabwendbar...“ („Was tun?“, S. 109). Wir Linken haben unsere Hoffnung niemals auf die Selbstbesinnung des Zentrums gesetzt, sondern nur auf die großen revolutionären Energien, die auch heute noch im proletarischen Kern unserer Partei vorhanden sind, trotz der grauenhaften ideellen, moralischen und organisatorischen Verwüstung, die der Zentrismus in der Partei angerichtet hat.

Darum sind wir weder überrascht, noch deprimiert durch die Ereignisse des 20. Juli. Wohl hat die deutsche Arbeiterklasse eine ernste Teilniederlage erlitten, aber nicht weil ihre Kraft im Kampfe nicht ausreichte, sondern weil sie sich noch einmal davon abhalten ließ, den Kampf aufzunehmen. — Die kommenden Tage und Wochen, die Fortsetzung jener Politik, die mit dem 29. Mai, mit der Aufrichtung der Militärdiktatur in Deutschland, einsetzte, werden auch den reformistischen Arbeitern zeigen, daß sie sich zum offenen Kampf stellen müssen, wenn sie verhindern wollen, daß Deutschland dem Faschismus vollends zur Beute fällt.

Die Organe dieses unvermeidlichen Kampfes gilt es zu schaffen. Trotzki meint, daß der Generalstreik eine untaugliche Waffe in dem bevorstehenden Kampf ist. Er schreibt:

„Würde in Deutschland der Kampf die durch faschistische Provokation hervorgerufenen Teilkämpfe überschreiten, ein Aufruf zum Generalstreik wäre kaum der Lage entsprechend. Der Generalstreik würde vor allem bedeuten: eine Stadt von der anderen abzuschneiden, einen Bezirk vom anderen, einen Betrieb vom anderen. Nicht am Werk befindliche Arbeiter sind schwerer zu finden und zu sammeln.“ („Was tun?“, S. 98.)

Diesen Standpunkt teilen wir nicht. Der Generalstreik sammelt die Massen zum Kampf, er zieht sie vom Betrieb auf die Straße, von der Drehbank zum Straßenkampf. Die Erfahrungen des 15. Juli 1927 in Wien sind in dieser Hinsicht von größter Bedeutung. Der spontane Massenstreik bildete nur den Auftakt der gewaltigen Massenaktion des Wiener Proletariats.

Gewiß: in der Hand des Reformismus verändert der Generalstreik seinen Kampfkarakter: er wird, wie in England 1926, zu einem Mittel des passiven Protestes und der Lähmung der Massen. Würden wir uns in Deutschland darauf verlassen, daß erstens die reformistische Bürokratie

## Österreich am Scheideweg

Vergegenwärtigt man sich die politischen Verhältnisse um die Zeit der Genfer Sanierung 1922/23, die in Oesterreich die Ära der politischen Reaktion, die Wiederherstellung der Staatsmacht und das Stocken in der sozialpolitischen Gesetzgebung brachte, so wird man die ganze Tragweite des gegenwärtigen Hungerkurses sowohl hinsichtlich der brutalen Anleihebedingungen als auch der „ausgewogenen“ Wirtschaftslage erkennen. Damals und Heute unterscheidet sich aber in einer grundlegenden Tatsache: Nach 1922/23 stand Europa an der Schwelle der relativen Stabilisierung (die bis 1928/29 anhaltende Rationalisierungskonjunktur setzte in Europa ein), während wir heute in einer Weltkrise stehen, die sich zur Verfallskrise des Kapitalismus entwickelt hat, und für deren „normale“ Überwindung kein Ausweg zu sehen ist. Vermochte die vergangene Stabilisierungsperiode der Arbeiterschaft auch nur eine sehr vage, unter dem Niveau der letzten Vorkriegszeit stehende Lebenshaltung bieten, so nimmt die Zertrümmerung des Lebensstandards des Proletariats in den letzten drei Jahren Formen und Folgen an, die nahe an die Verhältnisse des Frühkapitalismus grenzen. Und degnoch richtet sich die ganze Macht der herrschenden Klassen gegen den Lebensstandard des Proletariats.

Das Kapital kann unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr leben... Seine Wirtschaftsordnung ist bankrott, die sozialen Gegensätze werden auf die Spitze getrieben, sie sprengen die bürgerlich-demokratisch-parlamentarische Staatsform und die Bourgeoisie greift zum Diktaturregime. Der Faschismus ist die Proklamierung des Bürgerkrieges gegen das Proletariat...

Die Bedingungen der österreichischen Ausweglosigkeit, die alle Klassen im Banne hält, beginnen sich für die Bourgeoisie aus Klassen- und Staatsinteressen in ihr Gegenteil zu verkehren. Der Bankrott tritt immer offener zutage, parlamentarisch hat sie keine einheitliche Mehrheit.

Die Abhängigkeit vom französischen Kapital, die schwarz-gelbe Tradition, der Kurs auf die Donauföderation unter französischem Protektorat einerseits, das rasche Abwandern der kleinbürgerlich-bäuerlichen Schichten von den bürgerlichen Parteien zu den auf Großdeutschland orientierten Nazi andererseits, treibt die Bourgeoisie zur Entscheidung. Welchen Weg will sie gehen? Parlamentarisch sind alle Möglichkeiten, zu einem stabilen Regierungssystem zu kommen, erschöpft. Das Diktaturregime unter vorwiegend agrarischen Einflüssen ist die Endstation der „demokratischsten“ Republik.

Die Arbeiterklasse hat von keiner Fraktion der Bourgeoisie Schonung zu erwarten. Sie muß prinzipiell ablehnen die Politik der Sozialdemokratie, die auf eine Tolerierung eines französisch orientierten Diktaturregimes hinausläuft. Sie muß den leidenschaftlichen Kampf führen gegen die gegenwärtig versteckte Tolerierungspolitik der SP, die nur in Worten den ungeheuren Raubzug der Regierung gegen das Proletariat im Zusammenhang mit den kolonialen Kreditbedingungen, dem 570 Millionen-Geschenk an die Rothschildbank und Massenbelastung durch das Nachtragsbudget bekämpfen. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. Juli schreibt:

„Wir können die Patrioten des Heimatblocks nicht hindern, die Heimat an ausländische Finanzmächte zu verkaufen, aber die Sozialdemokratie wird sich dagegen zu wehren wissen, daß dieser erbärmliche Schacher mit der Gefährdung der Löhne der heimischen Arbeiterschaft bezahlt werden soll.“

den Generalstreik rechtzeitig proklamiert und zweitens, daß sie ihn zum Ausgangspunkt von Massenaktionen nimmt — wir wären keine Kommunisten, wir hätten nichts gelernt und alles vergessen.

Würden wir darauf warten, daß die ROO den Generalstreik organisiert, wir würden wohl bis zum St. Nimmerleinstag warten müssen.

Das bedeutet, daß die Organe zur revolutionären Führung des Generalstreiks, der politischen Massenstreiks, noch nicht vorhanden sind. Sie können und müssen geschaffen werden durch die Betriebsräte, durch die gewählten örtlichen Leitungen, die auf den Betriebsrätekonferenzen gewählt werden, nicht als Organe gegen die Gewerkschaften, sondern als Instrumente der Einheitsfront im Betrieb, um die freien Gewerkschaften vorwärts zu treiben.

Die Leitungen der Betriebsräte, die Betriebsräte-Exekutive und die Kampfassessoren gegen den Faschismus, zusammengesetzt aus den Vertretern der KPD, ROO, SPD und des ADGB, das sind die beiden Stützpunkte der proletarischen Einheitsfront. Gestützt auf diese beiden Pfeiler ist die deutsche Arbeiterklasse fähig, den politischen Massenstreik durchzuführen und eine wehrhafte Front aufzustellen, an der alle Angriffe der Konterrevolution zerschellen.

Die preußische Lehre, das ist der Verzicht auf alle Illusionen, als ob die SPD-Führer kämpfen wollen und die KPD-Führung kämpfen kann; aber das Proletariat kann und will kämpfen. In seinen Reihen gibt es hunderttausende erfahrene, klassenbewußte Arbeiter, gegenwärtige und ehemalige Mitglieder der KPD. In diesen Kommunisten die geistige Wandlung hervorzurufen, sie zu befähigen, ohne — und wahrscheinlich gegen — die Parteiführung ihre revolutionäre Pflicht zu erfüllen — das ist unsere Perspektive. Die KPD in ihrer Gesamtheit ist nicht kampffähig, aber in ihren Reihen und an ihrer Peripherie stehen die Kommunisten, mit denen das Schicksal unserer Fraktion unlosbar verknüpft ist, stehen die Kadets, die zur Avantgarde werden müssen, die die deutsche Arbeiterklasse vor ihrer tiefsten Erniedrigung durch die braunen Bestien bewahren kann und muß.

Diese großsprecherische Feigheit wird nur durch den Betrug an der Arbeiterschaft überboten. Gerade die Bedingungen der ausländischen Finanzmächte sind es, die nicht nur die „Gefährdung“ (welch hinterhältige Ausdrucksweise), sondern die Zertrümmerung des bestehenden Lebensstandards bedeuten. Welch eine Lüge und hündische Ergebenheit vor den Herren der ausländischen Finanzmächte und ihren österreichischen Trabanten in der Regierung, wenn die große Millionenpartei eine Acht-Mandl-Partei nicht hindern kann, „die Heimat... zu verkaufen“ und damit den Lebensstandard vor Massensteuern und Lohnraub zu sichern. Welch eine Schmach! Die Partei der 72 Abgeordneten „kann“ die zerstaunten Hahnenschwänzer nicht hindern, daß sie den entscheidenden Ausschlag geben bei der Zertrümmerung der sozialen Gesetze und des Raubes der Arbeitslosenversicherung.

Dieses würdelose Zusammenklappen vor den Staatsinteressen der Bourgeoisie, diese Selbstkastration und das Aus- und Zurückweichen vor den Angriffen der Regierung ist nur die Konsequenz der kapitalistischen Staatspolitik des Reformismus. Jeder wirkliche Appell an die Arbeitermassen bedroht die reformistische Bürokratie, sich die Ungnade der „demokratischen“ Bourgeoisie zuzuziehen, bedroht den Reformismus, seinen Ruf als staatshaltender Faktor zu verlieren.

Der Weg des Reformismus bleibt: Immer tiefer in den Sumpf. Das Proletariat muß seinen eigenen Weg, den Weg des schärfsten Klassenkampfes, gegen die Bourgeoisie gehen. Es muß die revolutionäre Lösung der Krise auf die Tagesordnung stellen. Proletarische Kampfeinheit ist die Lösung des Tages.

## Der Pakt von Lausanne

Am 9. Juli wurde in Lausanne der Vertrag abgeschlossen, der die Reparationsfrage neu regelt. Die bürgerlich-demokratische Presse in Deutschland, England und Frankreich feiert den neuen Pakt als den „Anbruch einer neuen Zeit“ und die deutsche Delegation in Lausanne, geführt von Papan, bezeichnet den Vertrag als „den Beginn einer neuen Ära zwischen den Völkern“. Auf den gleichen Ton ist der „Vorwärts“ gestimmt, der in dem Pakt von Lausanne den Triumph der Stresemann-Politik feiert, die auch Herr Papan unter dem Zwang der objektiven Lage weiterverfolgen mußte.

Gegenüber den rosigen Hoffnungen auf beiden Seiten des Rheins, kommt der britische Wirtschaftspolitiker Sir Walter Layton der Wahrheit viel näher, wenn er im „News Chronicle“, wie die Telegraf-Union aus London am 9. Juli berichtet, feststellt, daß

„das Lausanner Abkommen als Ganzes viel weniger wichtig sei für die Welt, als dies behauptet werde. Die Lösung der Reparationsfrage werde nicht unmittelbar ein Wieder-aufleben des Handels herbeiführen...“

Die „nationale Regierung“, die Deutschland seit sechs Wochen zu ertragen hat, verpflichtete sich in Lausanne zu folgenden Zahlungen: 3 Milliarden Mark, zahlbar nach einem dreijährigen Moratorium in Jahresquoten von 180 Millionen Mark. Zu diesen 180 Millionen kommen aber noch jährlich 140 Millionen Mark als Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawes- und Young-Anleihe. Ferner 215 Millionen Mark aus dem Abkommen mit Belgien, 40 Millionen für verschiedene Zahlungen an Amerika, 12,6 Millionen Mark für die Kosten der ehemaligen amerikanischen Besatzung, insgesamt im Jahre ungefähr 400 Millionen Reichsmark. Wir glauben, daß angesichts solcher Reparationslasten von einem „Ende der Reparationen“ nicht gesprochen werden kann.

Es ist offensichtlich, daß die Militärdiktatur gegenüber der Brüning-Linie auf völlige Streichung der Reparationen weit zurückgegangen ist. Dieser „Rückzug“ ist nicht auf „taktische Fehler“ oder auf eine „schwächliche Haltung“

der Militärdiktatur zurückzuführen, sondern auf die grundsätzliche Verschiedenheit ihrer strategischen Linie von der Brüning's.

Die industriellen Kreise, deren Exponent Brüning war, setzten ihre Hoffnung auf Amerika. Mit seiner Hilfe wollten sie die Liquidierung der Reparationen Frankreich aufzwingen, und sie hofften auf neue private Kredite, wenn sie die politischen Schulden abgeschüttelt hätten.

Die erfolgreiche Politik des französischen Imperialismus seit dem Abenteuer mit der deutsch-österreichischen Zollunion, sein Widerstand gegen das Hoover-Moratorium im Juni 1931, hat diesen Glauben breiter kapitalistischer Kreise erschüttert. Es begann sich die Reichberg-Linie durchzusetzen, die Annäherung an Frankreich und die Unterordnung unter seine Weltpolitik, sei es gegen Sowjetrußland, sei es auch gegen 'Amerika'. Diesen Kurs verkörpert gegenwärtig in Deutschland die Militärdiktatur und ihn propagierte auch Hitler in seinen Telegrammen an Gustav Hervé.

Um Frankreich zu gewinnen, ging Papen mit Repara-

tions-Kompromissen nach Lausanne. Die große Hoffnung der 'nationalen Politiker' war, daß Frankreich auf die Finanz-Konzessionen mit politischen Zugeständnissen antworten werde, insbesondere mit der Erlaubnis zur Aufrüstung. Hier aber haben sich die Herren gründlich geirrt. Bevor Frankreich die politischen Schrauben lockert, will es reale Garantien dafür haben, daß ein aufrüstendes Deutschland sich der französischen Kontrolle unterwirft. Ohne diese Garantie ist der französische Imperialismus zu nichts bereit.

Es besteht für das deutsche Proletariat die ernste und reale Gefahr, daß dieser politische Pakt zwischen dem französischen und deutschen Imperialismus zustandekommt, daß die deutschen Arbeiter neben allen Opfern, die sie jetzt zu tragen haben, noch die Opfer einer neuen Aufrüstung und eines neuen Krieges — vor allem gegen die Sowjetunion — zu tragen haben werden. Das bedeutet, daß das deutsche Proletariat mit aller Schärfe den Pakt von Lausanne bekämpfen und ihm entgegenstellen muß die Parole der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa. Spectator.

besser eingeteilt werden. Die zweite Kassa muß wieder die Auszahlungen durchführen. Außerdem macht Schluß mit den Schikanen, einmal heißt es alle hinein, das nächste Mal verlangt man Einhaltung der genauen Zeit. Die Polizisten und Arbeitslosen wissen nicht, was sie tun sollen, dabei möchte mancher Konflikt ausbleiben.

Wie man bei Finze A. G. Kalsdorf die Lehrlinge behandelt.

Nicht genug, daß man die Lehrlinge aus brutalster Ausbeutung, hat man noch die Frechheit, sie kurz vor der Freisprechung aufs Pflaster zu werfen. Grund: 'Arbeitsmangel!' Wegen Arbeitsmangel darf ein Lehrling erst drei Monate nach der Freisprechung entlassen werden. Dieser Schritt ist ungesetzlich, man pfeift auf das Lehrlingschutzgesetz. Man spekuliert nur darauf, die Lehrlinge ein paar Jahre als billige Arbeitskraft auszunutzen. Man will sich der dreimonatigen Behaltspflicht entziehen, um den Lehrlingen noch obendrein die Arbeitslosenunterstützung zu rauben. Lehrlingen der Firma Finze, wehrt euch dagegen, fordert die Zurückziehung der Entlassung! Es wird auch gut tun, wenn sich der Betriebsrat besser ins Mittel legt.

## Jungfrontkundgebung in der Grazer Industriehalle

Tausende marschierten, unter roten Fahnen, aus allen Bezirken an. Wie kaum zuvor, könnte man bei den marschierenden und Spalier bildenden Arbeitermassen derartige Kampfstimmung sehen. Die Industriehalle war vollgepfropft. Von vier Stellen wurde zu den Massen gesprochen. Als der SP-Mann Ofolner über Deutschland, den Sturz der Braun-Severing-Regierung sprach und auf die Generalstreikparole den Kommunisten hinwies, wurde er von einem langandauernden Sturm der Begeisterung unterbrochen. Sein Gegenstück war die eiserne Ruhe, als der Referent auf die Tatsache verwies, daß kein Betrieb, kein Kommunist der Parole Folge geleistet hat. (Das sind die verbliebenen Folgen der Volksentscheidspolitik der KPD und ihres stalinistischen Kurses. A. d. R.) Aber es bleibt die erhebende Tatsache, daß die SP-Arbeiter, die Jugend anders über den Kampf gegen den Faschismus denken als die SP-Führer. Insgesamt sprachen 14 Redner. Darunter Jungfrontgenossen, die von ihrer revolutionären Gesinnung keinen Mehl machten und für die proletarische Diktatur, für den Kampf auf Leben und Tod, für die Verteidigung der Sowjetunion und die Einheitsfront des Proletariats eintraten.

Doch die Arbeiterschaft darf sich nicht täuschen lassen. Nicht die Führer sind radikal geworden, sondern sie fangen durch radikale Töne die revolutionäre Kampfstimmung in der Arbeiterschaft auf, um sie besser zügeln zu können, wenn es ernst wird, die Worte in die Tat umzusetzen.

Die revolutionären Elemente der Jungfrontbewegung müssen sich darüber im klaren sein, daß die SP-Führer, diese mit der Bourgeoisie versippten Bonzen, vor jedem revolutionären Kampf zurückschrecken und nur so weit mit den Massen gehen, als diese die Grenzpfähle der Bourgeoisiedemokratie nicht über-

schreiten. Daher werden sie mit allen Mitteln versuchen, den revolutionären Kampf der Massen mit einem verräterischen Pakt mit der Bourgeoisie abzuwürgen. So war es 1914, 1917 bis 1919, am 15. Juli und im Kampf gegen den Faschismus. Die Jungfrontbewegung wird ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie sich freimacht von der Bevormundung der reformistischen Bürokratie und selbständig den Weg des revolutionären Klassenkampfes — den Weg Lenins — geht.

Beim An- und Abmarsch der Massen kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen mit Nazi und Heimwehrlern, die unter dem Schutz der Polizei provozierten. Es wurde ihnen aber jedesmal tüchtig heimgeleuchtet. Selbst die Polizei hatte angesichts dieser Massenstimmung und Initiative nicht den Mut, sich gegen die Arbeiter zu wenden. Am Heimweg der Jungfrontler versuchten die Nazi und Hahnenschwänzer ihren 'Mut'. Es erging ihnen übel. Das Heimwehrlokal in der Burggasse wurde im Sturm genommen und seine Einrichtung in Brennholz verwandelt.

Stalinistisches Ignorantentum machte sich, offenbar, um seine Ohnmacht zu ignorieren, über diesen imposanten Massenaufmarsch lustig, statt zu versuchen, wie es beim Aufmarsch der 'Eisernen Front' in Berlin am 4. Juli geschah, durch Mitmarschieren die Verbindung mit der Arbeiterschaft herzustellen und im kommunistischen Sinne zu beeinflussen. Daher ist es erklärlich, daß der Bürokratie gelang, eine Wortergreifung der Stalinisten zu verhindern. Statt sich mit den Arbeitern zu verbinden, isolieren sie sich und werden zu den erfolgreichsten Stützen der SP-Führer. Statt kommunistischer Aufklärungsarbeit leistet der Stalinismus Zersetzungsbearbeit.

RH-Genossen, deshalb fordert Rechenschaft von der Zahlstellenleitung! Duldet keinen Opportunismus, in welcher Form immer, in der RH!

Anmerkung der Redaktion: Wir glauben, die Mittel, die zu fraktionellen Spazierfahrten nach Sowjetrußland verwendet werden, sollten lieber zu ernstem Zwecken verwendet werden. Die Reichsleitung der RH hat andere Aufgaben, als die fraktionelle Agentur der Stalinbürokratie zu sein. Emigranten hungern, Arbeiter stehen ohne juristische Hilfe vor dem Klassengericht, aber Hunderte von Schilling werden zu Spazierfahrten von Protektionärkindern der Sekretäre der RH vergeudet.

Nachweis der Arbeitsuche schützt vor Entzug der Arbeitslosenunterstützung.

Aus dem Organ des Freien Gewerkschaftsverbandes Nr. 12, 29. Jahrgang, entnehmen wir folgendes:

Der Handelsangestellte Kurt O. hatte beim Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung der IBK Wien eine Beschwerde eingebracht, der sodann stattgegeben wurde. Die IBK hatte diesem die Notstandsunterstützung mit der fadenscheinigen Begründung entzogen, daß er ohnehin so und so viel Monate die obgenannte bezogen habe und daß er bei entsprechender Bemühung in einem oder anderem Berufe Arbeit finden hätte können.

Obwohl der IBK die derzeitige ungünstige Lage auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes bekannt sein dürfte, daß es also vielen nicht mehr möglich ist, vor Ablauf des Bezugs-termins Arbeit und damit Verdienst zu bekommen. Trotzdem werden von ihr auch weiterhin Arbeitslose ausgesteuert.

Aus diesem Verhandlungsergebnis möge jeder Arbeitslose die für ihn notwendige Lehre ziehen, um sich jede Arbeitsuche bei den verschiedenen Firmen bestätigen zu lassen, um so jederzeit, wenn notwendig, über solche Nachweise verfügen zu können.

Arbeiterkorrespondent: R.

Finanzauszahlungstelle Graz.

Seit Dr. Wohnsiedel gegangen ist und die Auszahlung nach dem Wiener Muster organisiert wurde, ging die Auszahlung klaglos bis zum Monat Juli. Jetzt beginnt es neuerlich zu stocken. Viele sagen: „Wieso? wenn wir einige Minuten zu spät kommen, droht man uns die Einstellung der Unterstützung.“ Es gehen die Beamten der Finanz in Urlaub; aus Ersparungsgründen, obwohl viele Beamte arbeitslos sind, stellt man keine Aushelfer in der Auszahlungsstelle ein. Die Herren der Finanzlandesdirektion glauben, mit den Arbeitslosen kann man tun, was man will. Man behandelt sie wie Hunde, wenn der Herr sagt „Kusch“, so hast du zu kuscheln, „Sitz“, so muß er sitzen, „Steht“, so muß er eine Stunde vor der Finanz stehen, ohne sich zu rühren, weil sonst die Polizei kommt. Es muß Schluß gemacht werden mit dem langen Stehen, es müssen Aus-

## Jungfront — marschiert in Steiermark

Ein Grazer Genosse schreibt uns:

Die antifaschistischen Aktionen der Jungfrontbewegung werden im schärfsten Gegensatz mit dem Landespartei-vorstand der SP, der sich ablehnend dazu verhält, fortgesetzt. Tägliche Zusammenstöße zwischen der braunen Mordepeit und Jungfrontweglern, täglicher Kleinkrieg um jede Plakatierungsmöglichkeit, täglich geistiger und physischer Kampf gegen Hahnenschwanz und Hakenkreuz verleihen der antifaschistischen Bewegung ein wirkliches Kampfelement. Die kommunistische Partei in Graz und Mittelsteiermark, die eine abwartende Haltung, sagen wir es ruhig — unfähig und den Kampf der Jungfront ironisierend — einnimmt, ist in Mittelsteiermark momentan ein ausgesprochen passiver Faktor. Die Worte des 'Sekretärs' Alfons der KP in Graz in einer der letzten Parteiarbeiterkonferenzen in seinem Referat sind ein trauriges Selbstbekenntnis ohne revolutionäre Schlußfolgerung. Er sagte wörtlich: „Das Umsichgreifen der Jungfrontbewegung und das verstärkte Anwachsen der Nazis in Mittelsteiermark konnte nur erfolgen, weil die Partei der faschistischen Entwicklung eine besondere Ruhepause gegönnt hat.“ Hier offenbart sich in den Worten Alfons nicht nur der völlige Bankrott der Generallinie. Der Faschismus wächst und als sein Gegenpol erstarkt nicht die KP, sondern die klassenbewußten, revolutionären Elemente innerhalb der SP; die die verbrecherischen Machenschaften der SP-Führung erkennen und trotzdem in der SP verbleiben; Zeichen wir aus den Fehlern der Partei die einzig richtige Konsequenz: indem wir eintreten innerhalb der Partei für jene Politik, die vom Geiste Lenins getragen, einzig und allein verbürgt, die Schaffung der proletarischen Einheitsfront. Lernen wir von Deutschland! Im Bürgerkriegschaos schafft sich das revolutionäre Proletariat die proletarische Einheitsfront über den Köpfen der Bürokratie der SPD und KPD. Vom vollständigen Gelingen der proletarischen Kampffähigkeit hängt ein großes Stück Entscheidung ab, für das deutsche Proletariat. Bleiben wir in Oesterreich nicht in der Zeit zurück. Auch wir stehen vor den gleichen Gefahren wie in Deutschland. Stellen wir im Zeichen Lenins uns zur Aufgabe, die proletarische Einheitsfront zeitgemäß zu bewerkstelligen, als erstes dahin zu wirken, daß unsere Partei die revolutionäre Jungfrontbewegung als Bundesgenossen für die Schaffung der Kampfeinheit des steirischen Proletariats gewinnt. Die proletarische Einheitsfront ist die Basis der Sammlung aller Werktätigen im Kampfe gegen den Faschismus und den Hungerkurs der Bourgeoisie. Die Methoden der Leninischen Einheitsfront-Taktik sind der Prüfstein für die KPOe. Isoliert, diskreditiert durch die verbrecherische Politik der Parteisekretäre ist die KP nicht nur zur Passivität im Kampfe gegen den Faschismus verurteilt, sondern wird oft objektiv zum Hemmschuh in der Entwicklung der Kampfkräfte gegen den Faschismus. Bspöttelnd und abwartend, abseits von den tiefgehenden Prozessen in der Arbeiterschaft, unfähig, selbst die Initiative im Kampfe gegen den Faschismus zu übernehmen, sinkt unsere Partei immer tiefer zu einem rein politischen Kiebitzkerab. Es ist deshalb kein Wunder, wenn ein großer Teil der Genossen die Partei verlassen, und sich wieder dem Schutzbund und der Jungfront einreihen. Wer aber annehmen würde, daß die Parteiführung aus so üblen Erfahrungen die richtigen Schlüsse ziehen würde, geht weit fehl. Weiter geht der verbrecherische Kurs der Parteiführung, der die eigenen Reihen naturgemäß zersetzen muß. Genossen, macht Schluß mit der verbrecherischen Politik der stalinistischen Parteiführung. Die KP wird mitschuldig an einer eventuellen Niederlage des Proletariats, wenn die KPOe ihren Kurs nicht radikal im Sinne der Linken Opposition ändert. Laßt euch nicht betören von den sträflich-leichtfertigen Reden der Alfons und Co., daß die Jungfront zusammenbricht. Kann man sich eine gewissenlosere, nur noch von Dummheit überflossene Perspektive vorstellen, die auf den Zusammenbruch solcher proletarischer Organisationen spekuliert, ohne daß dabei auch nur um eine Nuance der revolutionären Arbeiterschaft, beziehungsweise der KP geholfen wäre? Verhündet vielmehr rechtzeitig durch ein richtiges Verhältnis zu solchen proletarischen Bewegungen, wie es die Jungfrontbewegung ist, die Liquidierung derselben durch die SP-Führerschaft. Unterstützt durch richtige Politik und sachliche Kritik diese Bewegung im kommunistischen Sinne, damit sie ihre sozialdemokratischen Muttermole abstreift! Parteigenossen, nehmt in diesem Sinne den Kampf auf innerhalb der Partei; tragt hinein den Gedanken der proletarischen Einheitsfront in die Jungfront, indem ihr in diesem Sinne mit den Jungfrontlern diskutiert!

Fordert Stellungnahme der Parteiführung über ihre Stellung zu einem Angebot an die Jungfront zum Zwecke des Zusammenwirkens zur Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront! Lernt aus den Fehlern, indem ihr die richtigen Konsequenzen daraus zieht!

## Was uns Arbeiter schreiben.

### Sonderbare Haltung der Zahlstellenleitung der Roten Hilfe in Graz.

Wir bringen nachstehende Zuschrift eines Mitgliedes der RH.: Der Hungermarsch am 23. Juni in Graz forderte eine große Zahl unvermeidlicher Opfer, die jetzt vom Klassengericht abgeurteilt werden. Daß die Justizmaschinerie mit rücksichtsloser Strenge waltet, ist mit dem tiefen Haß der Bourgeoisie und ihren Söldlingen gegenüber dem klassenbewußten Proletariat erklärlich. Für das geringfügigste Vergehen wird mit dem § 81 gehandelt. Die verschärfte Anwendung des Gerichtes gegen das klassenbewußte Proletariat läßt den berechtigten Schluß zu, daß die RH als die einzige Organisation, die den von der Klassenjustiz Verfolgten beisteht, besonders am Posten steht. Um so merkwürdiger scheint es, und um so unerklärlicher ist es vielen RH-Genossen in Graz, wenn die angeklagten Genossen im Grazer Landesgerichte zur Verhandlung erscheinen müssen ohne RH-Verteidiger, ja nicht einmal mit der nötigen Rechtsaufklärung. Daß die Urteile ohne Verteidigung um so schärfere Klassenurteile werden, scheint die Zahlstellenleitung der RH Graz nicht im geringsten zu kümmern. Dieses unsolidarische und den Prinzipien der RH-Organisationen widerlaufende Verhalten der Zahlstellenleitung in Graz fordert den Protest der revolutionären Arbeiter heraus.

Angewöhnung zur Selbstverteidigung der Genossen vor dem bürgerlichen Gerichte, oder finanzielle Schwäche der RH rechtfertigen keinesfalls die Handlungsweise der Grazer Zahlstellenleitung. Es gibt kein Argument, das das Tun und Treiben der Fabian u. Co. entkräften könnte. Wir nehmen nicht an, daß das Reichssekretariat der RH in Kenntnis der sich in Graz abwickelnden Dinge ist, und die Handlungsweise der Zahlstellenleitung in Graz deckt; oder haben wir es schon mit zum System gewordenen Auswüchsen bonierter Miniaturbürokraten zu tun, wie sie in der Zahlstellenleitung in Graz tätig sind. Kein zum ersten Male vor den Gerichtsschranken stehender Genosse mit §§ 81, 312 u. a. m. wird sich allein wirksam der Kniffe des Gerichtes und polizeilichen Kronzeugen erwehren können. Deshalb müssen die Mittel zur Verteidigung der Genossen aufgebracht werden. Wenn man auch entgegenstellt die gesteigerten Aufgaben der RH, so bleibt immerhin entgegen-gestellt das Wachstum der RH und somit die gesteigerten Einnahmen. Würde überhaupt der Versuch unternommen, die Mittel zur Verteidigung der Genossen in Graz aufzubringen? Wir stellen fest: Nein! Keine Aktion in Graz, kein 15. Juli-Aufgebot, keine Protestaktion gegen die 23. Juni-Opfer, keine Sammelaktion für ihre Verteidigung.